



Parlamentarischer
NordSüdDialog

INSTITUT FÜR UMWELT - FRIEDE - ENTWICKLUNG
IUFE.AT
WIEN



Runder Tisch zu „Political Foundations in Development Cooperation“

18. März 2014, Lokal IV, Österreichisches Parlament

Kooperation zwischen AWEPA, Parlamentarischer NordSüdDialog, IUFE und ENoP

Anwesend:

Friederike Gaensslen (ENoP), Robert Micallek (IDEAT/ENoP), Anne van der Meer (Foundation Max van der Stoel/EnoP), Alina Garkova (ENoP), Lukas Mussi (Parlamentsdirektion), Florian Leregger (IUFE), Sebastian Piki (Novum Institute), Beet van Steeg (Eduardo Frei Foundation), Alba Çako (Friedrich Naumann Stiftung), Rebecca Wagner (Heinrich Böll Stiftung), Luis Fernando Blanco Correia (Konrad Adenauer Stiftung), Franz Kühnel (POLAK), Herbert Dvorak, Petra Bayr (Abg.z.NR und AWEPA Vorsitzende), Sidonie Wetzig (ENoP), Johannes Steiner (IUFE), Franz-Joseph Huainigg (Abg.z.NR), Jakob Musil, Valentin Schmidleitner (beide AG GV), Peter Danich (POLAK), Dietmar Halper (POLAK), Ingrid Pranger (Parlamentarischer NordSüdDialog)

Inhalt des Runden Tisches war die Präsentation des Positionspapiers „Political Foundations: Development Cooperation between State and Society“, das von einer Arbeitsgruppe des ENoP (European Network of Political Foundations) erstellt wurde.

Johannes Steiner, Geschäftsführer des Wiener Instituts für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE) begrüßte die Anwesenden und stellte das „Europäische Netzwerk politischer Stiftungen - unabhängige Akteure in der Demokratieförderung, Entwicklungszusammenarbeit und dem politischen Dialog“ (ENoP) kurz vor. Das ENoP wurde im Jahr 2006 gegründet und fungiert als Kommunikations- und Dialoginstrument zwischen den europäischen politischen Stiftungen und Institutionen der Europäischen Union sowie zivilgesellschaftlichen Akteur_innen in den Bereichen Demokratieförderung und Entwicklungszusammenarbeit. Es hat derzeit 67 Mitglieder aus 20 EU-Mitgliedstaaten.

Die Abg.z.NR und Vorsitzende der AWEPA Sektion im österreichischen Parlament, Petra Bayr, stellte in ihren einleitenden Worten kurz die Arbeit von AWEPA International und in Österreich vor. Sie zeigte sich erfreut über die Möglichkeit, die Arbeit von ENoP kennen zu lernen und mögliche Anknüpfungspunkte zu erörtern.

Sidonie Wetzig, die Leiterin der ENoP Arbeitsgruppe zu Development Assistance, stellte in ihrer Key Note das erwähnte Positionspapier vor. Grundsätzlich sei das Positionspapier ein weiterer Schritt in die Richtung, politische Akteur_innen verstärkt in die Entwicklungsdebatte mit einzubeziehen. Im aktuellen bzw. im post-2015 Kontext hat Entwicklungszusammenarbeit andere Herausforderungen zu bewältigen als in den vergangenen Jahrzehnten. Die Welt wurde durch die Globalisierung ökonomisch und sozial interdependenter und diversifizierter. Die Rolle der Bürger_innen hat sich durch die Möglichkeiten der Kommunikation ebenfalls verändert und in vielen Staaten besteht der Wunsch nach weitreichenderer Partizipation. Auf der anderen Seite sind die Strukturen der

staatlichen Administration und Regierungsführung den veränderten Umständen (noch) nicht gewachsen. Supranationale bzw. globale Institutionen stehen mit ihren Arbeitsweisen und Befugnissen den Problemen ökonomischer Krisen, zunehmender Umweltzerstörung, Armutsbekämpfung oder wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit oft zahnlos gegenüber. Zudem gibt es mehr Player wie beispielsweise die BRICS-Staaten, die die alte Einteilung der Welt obsolet machen und neue Machtverhältnisse schaffen.

In einer sich derart rasch verändernden Welt ist es eine enorme Herausforderung, adäquate politische Antworten zu entwickeln, die auch die Menschen stärker einbeziehen. Im Positionspapier wird argumentiert, dass politische Stiftungen als Brückenbauer zwischen politischen und gesellschaftlichen Sphären dazu beitragen können, die Lücke zwischen öffentlicher Politik, globalisierter Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu füllen. Politische Stiftungen haben Zugang zu politischen Prozessen und Entscheidungsträger_innen, sie operieren andererseits jedoch politisch unabhängig und sind transparente und glaubwürdige Partner der Zivilgesellschaft und von Interessengruppen. Die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Werte werden offen dargelegt.

Während die offizielle/öffentliche Entwicklungszusammenarbeit oft einen technischen Zugang und Charakter aufweist, sehen sich politische Stiftungen der Nachfrageseite verpflichtet, und zwar in dem Sinne, dass Bürger_innen dazu ermächtigt werden sollen, politische und gesellschaftliche Entscheidungen zu verstehen, abzuwägen und letztendliche auch mit zu entscheiden. Dies erfordert u.a. auch die Verbesserung der partizipativen Strukturen innerhalb eines Staates.

ENoP versucht auch die Debatte rund um Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung zu forcieren und demokratische Regierungsführung zu unterstützen. Dafür braucht es Awareness Raising auf unterschiedlichen Ebenen.

Petra Bayr betonte in ihrer Stellungnahme, dass politische Stiftungen in Österreich wesentlich stärker national agieren, da sie anders als beispielsweise bei ihren deutschen Pendanten keine Auslandsbüros betreiben. Die Struktur und Arbeitsweise sei demnach notwendigerweise verschieden. Nichtsdestotrotz gibt es interessante Ansatzpunkte für eventuelle Kooperationen. Es sei jedoch zu vermeiden, dass politische Stiftungen Aufgaben übernehmen, die den jeweiligen nationalen Entwicklungsagenturen bzw. zuständigen Ministerien obliegen. Es dürfe in diesem Zusammenhang nicht zu einer Konkurrenzsituation kommen, sondern bestenfalls zu Synergien.

Für den entwicklungspolitischen Sprecher der ÖVP, Abg.z.NR Franz-Joseph Huainigg, spielen politische Stiftungen aufgrund ihrer Parteinähe eine wichtige Rolle in der EZA. Er sieht es als entscheidend an, Politiker_innen auf allen Ebenen zum Engagement zu bewegen und zu vernetzen. Auch muss die Zusammenarbeit der politischen Stiftungen in den Partnerländern im Sinne eines Beitrags zur Friedenspolitik gewährleistet werden.

Zum Abschluss formulierte Dietmar Halper, Direktor der PolAK, das Ziel, dass die Entwicklungszusammenarbeit in das Denken und Handeln von Politiker_innen aller Parteien wie selbstverständlich eingebunden wird. Auf dieses Ziel sollte man gemeinsam hinarbeiten, um so zu mehr Kohärenz in der politischen Arbeit zu gelangen. Eine Konkurrenz einzelner affilierter politischer Stiftungen entlang Parteilinien sei hingegen unbedingt zu vermeiden. Letzteres, so Sidonie Wetzig, ist durch die Existenz von ENoP und die starke Kooperation gewährleistet.